

Energieszene

Objekttyp: **Group**

Zeitschrift: **SES Notizen**

Band (Jahr): **2 (1980)**

Heft 1

PDF erstellt am: **22.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

diesen Mechanismus zurückzuführen sind.

Und das Mittel scheint zu wirken: Angeführt von den Rüstungstiteln erlebten die Aktien der grossen Gesellschaften anfangs Jahr einen kräftigen Aufschwung. Ein New Yorker Börsenexperte schwärmte gar von der Aussicht auf "die beste aller Rezessionen".

So werden die Grossen noch mächtiger

Dies ist die Lösung der grossen Konzerne. Sie bringt eine beträchtliche Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums und wirtschaftlicher Macht zu ihren Gunsten. Zur Durchsetzung ihrer Strategie haben sie nicht nur ihren beträchtlichen Einfluss auf Regierung und Parlament - besonders in Amerika - genutzt, sondern auch wirkungsvolle Propagandamittel eingesetzt:

Die unsinnige Benzinrationierung in den Vereinigten Staaten war bestens dazu angetan, eine panikartige Krisenstimmung anzukurbeln: Nicht der Bezug der Konsumenten, sondern derjenige der Tankstellen wurde rationiert. Der Oekonom John Kenneth Galbraith nennt das: "die schlimmstmögliche Form der Rationierung: Benzin für denjenigen, der bereit ist an einer offenen Tankstelle (mit leerlaufendem Motor) am längsten zu warten". Seit der Geiselnahme in Teheran läuft in Amerikas (Kommerziellen) Massenmedien eine schon fast kriegstreiberische Stimmungsmache gegen die unordentlichen Verhältnisse im Nahen Osten. Europäische Beobachter waren entsetzt. Da steckt System dahinter. Aber das Pokerspiel wird gefährlich: es hat nicht nur kalkulierbare wirtschaftliche Komponenten.

Können wir gegensteuern

Es gäbe auch andere Lösungen der Krise. Auf der technischen Ebene zum Beispiel: gewaltige Investitionen in energiesparende Techniken, Aufgabe gewalttätiger Grosstechnologie und Umorientierung auf hochentwickelte aber demokratisch kontrollierbare dezentrale Strukturen - entgegen der vorherrschenden Meinung sind sie nicht weniger "wirtschaftlich", sondern nur weniger mächtig. Flucht ins Gold, Geldschwemme, Kapitalvernichtung, "unwirtschaftliche" Sparmassnahmen, Krieg ums Oel: das ist absurd! Es gibt nicht zu viel Reichtum, nur ist er falsch verteilt. Besonders im Energiebereich ist Technik ein wichtiges Instrument zur Machtkonzentration. Der aufkeimende Widerstand breiter Schichten gegen die Grosstechnik kann gegensteuern. Denn der steigende Oelpreis könnte auch uns unabhängiger machen: Spartechniken beginnen sich durchzusetzen und im heutigen Durcheinander haben auch dezentrale, regenerierbare Energiequellen zunehmend eine reelle Chance.

T. S.



GRABEN

Für die Schweizer AKW-Gegner begann das neue Jahr in Graben BE. Einem Grossteil der Anti-AKW-Bewegung sei bewusst, dass man sich künftig nicht mehr mit Fackelzügen begnügen dürfe, erklärte ein Sprecher des Komitees "AKW - Graben nie" den rund 2500 Demonstranten, die trotz beissender Kälte am Neujahrstag zum Standort des geplanten A-Werkes gewandert waren. "Wir werden wohl nicht um eine Besetzung des Geländes herumkommen."

Prompt hat denn auch die Kernkraftwerk Graben AG in den ersten Januarwochen das Rahmenbewilligungsgesuch eingereicht. Man rechne mit dem Abschluss des parlamentarischen Bewilligungsverfahrens bis 1982, wurde nach der knappen Abstimmung über die Atominitiative von Seiten der Bauherren erklärt. Die Bernische Kraftwerke AG (BKW) - zu über 80% im Besitz des Kantons Bern - ist Mehrheitsaktionärin der Kernkraftwerksgesellschaft. Bisher wurden rund 280 Mio Franken in das AKW-Projekt investiert.

Die Standortsgemeinde Graben war bisher mehrheitlich AKW-freundlich, doch die Mehrheit schmilzt mit den fortschreitenden Vorbereitungsarbeiten dahin. Während bisher noch jede das geplante AKW betreffende Abstimmung in Graben mit einem klaren Sieg der Befürworter endete, ging es am 15. Dezember 1979 hart auf hart. Nach rund zweistündiger Diskussion sprach sich die Gemeindeversammlung mit nur 43 gegen 40 Stimmen für die Schaffung einer Kernkraftwerkszone aus. Von den ins-

gesamt 175 stimmberechtigten Gemeindebewohnern hatten 87 an der Versammlung teilgenommen. "Wäre von Anfang an klar gewesen, dass geheim abgestimmt wird, wären mehr Leute gekommen - und hätten gegen das AKW votiert", schätzte eine langjährige Aktivistin der GAG. In der Tat stehen die Grabener unter erheblichem Druck der BKW, die rund 1/8 des Gemeindebodens und einige Wohnhäuser besitzt. Weitaus die meisten Bauern haben BKW-Land in Pacht, über 15 Familien wohnen in BKW-eigenen Liegenschaften.

Dazu kommt, dass die Gemeinde von der BKW mit grosszügigen Geschenken geködert wurde. Gemäss einem 1975 zwischen der Gemeinde und der BKW abgeschlossenen Vertrag, hat die Bauherrin nicht nur zugesichert, den Grabenern für Strassenbeleuchtung, Schulhaus und Gemeindehaus gratis Strom zu liefern, sie übernimmt auch die Kosten für die Sanierung und den Ausbau verschiedener Strassenstücke. Weiter winken - ist das AKW einmal in Betrieb - für die dortigen Verhältnisse fette Steuereinkünfte. Umso erstaunlicher ist, dass sich bei der genannten, höchstwahrscheinlich letzten kommunalen Abstimmung über das Kraftwerkprojekt eine derart starke Minderheit gegen das AKW aussprach. Ganz hat die BKW die letzte Hürde des Bewilligungsverfahrens auf Gemeindeebene noch nicht genommen. Drei Grabener Bürger/innen haben gegen den Kernkraftwerkszone-Beschluss Einsprache erhoben. Sie verlangen eine Wiederholung der Abstimmung.

h. b.

KAISERAUGST

Über 7000 Personen, Gemeinden und Organisationen haben von ihrem Einspracherecht gegen das geplante AKW Kaiseraugst Gebrauch gemacht. Diese Flut brachte das Amt für Energiewirtschaft, dessen Rechtsdienst sich damit zu beschäftigen hat, in Verlegenheit. Man erwog die Schaffung einer neuen Stelle.

Auch die SES hat Einspruch erhoben. Sie bemängelt vor allem den Bedarfsnachweis. Die in ihm vorausgesetzten Elektrizitätsbedarfsprognosen wiesen "schwerwiegende methodische Mängel" auf,

die Sparmöglichkeiten würden unterschätzt, die Nachfrage nach Elektrizität "mittels direkter und indirekter Verkaufsförderung angeheizt", die alternative Erzeugung vom Strom dagegen benachteiligt. "Solange die Elektrizitätswerke die Vorteile der alternativen Stromerzeugung und die Sparpotentiale nicht voll ausschöpfen, ist ein Bedarfsnachweis für die Bereitstellung weiterer Stromkapazitäten nicht gegeben."

hb.